

# Lagebericht aus der Sperrzone

Als internationales Auto-Imperium ist Emil Frey von der Corona-Krise stark betroffen. Geschäftsführer Gerhard Schürmann verlangt vom Bundesrat eine Überprüfung der Beschränkungen. Für die Zeit nach der Krise ist er zuversichtlich – falls es gelingt, die Arbeitslosigkeit tief zu halten. *Von Florian Schwab*



Stillstand im Zürcher Niederdorf.

Dem Chef der Emil-Frey-Gruppe geht es derzeit wie vielen: Grosse Teile seiner Arbeit versieht Gerhard Schürmann von daheim aus. Seine wichtigsten Instrumente: Telefon und Internet. Insgesamt funktioniere das gut, «aber es kommt immer wieder zu Unterbrüchen im Netz». Offensichtlich sei die Breitband-Infrastruktur nicht auf diesen Fall ausgelegt.

Während des Gesprächs mit der *Weltwoche* ist die Verbindung glücklicherweise einwandfrei: Wie wirkt sich die Corona-Krise auf die Automobilwirtschaft aus? Welche Wirtschaftspolitik braucht es jetzt? Und was sind die Perspektiven für eine spätere Erholung? Als Geschäftsführer von Emil Frey hat Schürmann beste Einblicke in das aktuelle Geschehen. Das Unternehmen besitzt und betreibt in über zehn Ländern Autoimporteure, Autohäuser und Reparaturbetriebe. Der Umsatz beträgt in normalen Zeiten unbestätigten Schätzungen zufolge rund eine Milliarde Franken monatlich.

## Lob für Maurer und Parmelin

Von den Problemen, welche das Coronavirus in der Automobilbranche verursacht, sei die überlastete Internet-Infrastruktur im Home-Office natürlich eines der kleineren, sagt Schürmann. «Wir haben eine noch nie da-

gewesene Situation.» Ein Grossteil der europaweiten Aktivitäten der Gruppe sei durch behördliche Anordnung stillgelegt. «In Frankreich geht durch die weitgehende Ausgangssperre gar nichts mehr.» Hierzulande sei man zum Glück in einer viel besseren Situation.

In der Schweiz funktionierten die Werkstätten und der Autohandel per Internet und Telefon, allerdings auf einem viel tieferen Niveau als gewöhnlich. «In der aktuellen Lage tätigen die Kunden weniger grössere Anschaffungen, und die Reparaturen werden teilweise aufgeschoben.» Erschwerend kommt dazu, dass in manchen Kantonen die Strassenverkehrsämter den Betrieb eingestellt haben. «Wenn ein Arzt dringend ein neues Auto braucht, wird es schwierig», so Schürmann.

Für die Schliessung sämtlicher Läden durch den Bundesrat am vorvergangenen Montag hat der Emil-Frey-CEO grundsätzlich Verständnis: «Ich bin kein Virologe und vertraue

darauf, dass das gerechtfertigt war.» Auch die Sicherstellung der flüssigen Mittel über ein durch den Bund abgesichertes Kreditprogramm der privaten Banken begrüsst der Automanager. Viele Industrie- und Handelsbetriebe hätten ein zeitlich relativ eng getaktetes Wechselspiel von finanziellen Ansprüchen und Verbindlichkeiten. Die Ware werde beim Lieferanten bezahlt, wenn sie bereits teilweise wieder verkauft sei. «Wenn man nichts mehr verkaufen kann, dann kann man unter Um-

---

«Die oberste Priorität muss es sein, die Leute im Arbeitsverhältnis zu halten.»

---

ständen seinen Lieferanten nichts mehr zahlen.» Bei der Überbrückung dieses in manchen Firmen bestehenden Liquiditätsproblems helfe das angekündigte Kreditprogramm. «Die Bundesräte Maurer und Parmelin haben ein weitherum beispiellos intelligentes Paket kreiert», so Schürmann.

Doch ungeachtet der staatlichen Hilfen – dazu gehört auch die Kurzarbeitsentschädigung, die Emil Frey für viele Angestellte in Anspruch nimmt – bleiben die Unternehmen auf massgeblichen Kosten sitzen. Die Kurzarbeitsentschädigung der Arbeitslosenversicherung decke maximal 80 Prozent der Löhne. 20 Prozent zahle das Unternehmen selber. Dazu kommen die Arbeitgeberbeiträge, die weiterlaufen. «Der Eindruck, die Arbeitslosenversicherung trage alle Personalkosten, ist falsch», so Schürmann. Von den übrigen Fixkosten gar nicht zu sprechen.

Um die Wirtschaft während der Krise am Leben zu erhalten, müsse der Staat «zulassen, dass weitergearbeitet wird, wo immer das verantwortungsvoll möglich ist». Eine allgemeine Ausgangssperre würde weitere Betriebsschliessungen

auslösen, was «Gift für die Volkswirtschaft» wäre. «Ein Schliessen der Banken wäre zum Beispiel katastrophal.» Im Gegenteil, Schürmann wünscht sich vom Bundesrat, dass die-



Corona-Krise als Augenöffner: Manager Schürmann.

ser beim verordneten Ladenschluss über die Bücher geht. Bei der Einführung habe man zu wenig Zeit gehabt, um eine differenzierte Regelung zu treffen – «das sollte jetzt nachgeholt werden». Mit geeigneten Vorkehrungen könne man gewisse Läden wieder öffnen. «Ich denke beispielsweise an Kleiderläden. Will man warten, bis im Juni die Frühlingmode praktisch nichts mehr wert ist?» Stattdessen sei es doch viel besser, beispielsweise die Anzahl Kunden zu begrenzen, die sich gleichzeitig in einem Laden aufhalten können. «In den Auto-Showrooms haben wir selten eine Vielzahl von Kunden aufs Mal.» Schürmann hofft, dass er «spätestens am 20. April» die Autohäuser wiedereröffnen kann, «lieber früher».

### Antrieb des Aufschwungs

Wie schnell sich die Wirtschaft vom Corona-Schock erhole, hänge davon ab, wie intakt die Firmen am Ende noch seien und wie viele Leute ihren Arbeitsplatz verloren hätten. «Die oberste Priorität muss es sein, die Leute im Arbeitsverhältnis zu halten.» Andernfalls ginge es sehr lange, bis der private Konsum nach der Krise wieder in Schwung kommt. «Wer seine Arbeit verloren hat, kauft erst wieder ein, wenn er einen neuen Job hat.» Und das könne sehr lange dauern – speziell, wenn die Krise viele Firmen dahinrafft. Auch psychologisch sei es wichtig, dass «möglichst viele Leute positiv auf den Neustart nach der Krise schauen können».

Schürmann wünscht sich, dass die Automobilindustrie zu einem Antriebsmotor des irgendwann kommenden Aufschwungs wird. Das Coronavirus habe gezeigt, dass eine einseitige Fokussierung auf den öffentlichen Verkehr ein Irrweg sei. «Der ÖV hat jetzt bedauerlicherweise eine Krise erlebt, wie sie beim Individualverkehr zum Beispiel durch einen Ölschock ausgelöst würde.» Um auf künftige Krisen vorbereitet zu sein, brauche es ein gleichberechtigtes Miteinander der beiden Systeme.

Von der Schweizer Politik erwartet der Emil-Frey-Geschäftsführer zudem, dass sie nach der Krise einen klaren Fokus auf die rasche wirtschaftliche Erholung legt. «Dabei würde es helfen, wenn die CO<sub>2</sub>-Regulierungen in der Automobilbranche auf ein umweltpolitisch vernünftiges, aber technisch und wirtschaftlich machbares Mass beschränkt würden.» Eine Abkehr von den unrealistischen CO<sub>2</sub>-Zielen auf europäischer Ebene und von der überhasteten Elektrifizierung des Strassenverkehrs wäre auch ein Rettungsanker für die Automobilhersteller in der EU, die jetzt alle ihre Produktion auf null heruntergefahren haben. Und für ihre Zulieferer, von denen viele in der Schweiz beheimatet sind. «Die Corona-Krise sollte hier zum Augenöffner werden», so Schürmann. ○



## Brief aus ... ...Lima

Sitze hier in Lima fest, totale Ausgangssperre, *rien ne vas plus*, und das ist kein Spass hier in Peru. Die Strasse gehört, wie zu alten Zeiten, bewaffneten Soldaten, mit denen man sich besser nicht anlegt. Aber es geht mir gut, habe genug zu essen, tolle Nachbarn. Um mich braucht sich keiner Sorgen zu machen. Sorgt euch lieber um die drei Viertel der 32 Millionen Peruaner, die dem sogenannten informellen Sektor angehören. Fast alle haben zwar irgendeine Arbeit, aber eben keine formelle, sie leben mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Für sie ist der Lockdown eine existenzielle Katastrophe.

Ich befürchte, hier in Peru wird dieser Lockdown mehr Menschen töten, als das Virus je umbringen könnte. Die Regierung hat zwar angekündigt, diese Woche 2,75 Millionen Familien – zirka einem Viertel der Bevölkerung –, die als arm gelten, je 380 Soles (110 Dollar) Nothilfe auszuhändigen. Klingt erst mal wunderbar. Angeblich hat man die Bedürftigen dank dem Zensus bereits identifiziert. Im Internet kann jeder die Nummer seines Personalausweises eingeben und schauen, ob er zu den Glücklichen gehört. Falls ja, bekommt er gleich mitgeteilt, wann er das Geld in welcher Bankfiliale abholen kann. Für den Gang zur Bank ist eine Person im Haushalt (in der Regel die Mutter, denn sie verwaltet hier das Geld) von der Ausgangssperre ausgenommen.

### Riesige Schlangen

Doch man sollte die Tücken der Bürokratie in dieser Weltgegend nie unterschätzen. Vor den Bankfilialen bildeten sich sofort riesige Schlangen. Dummerweise werden diese Woche auch die Renten für die Pensionierten und Kranken ausbezahlt. Und die haben das Geld auch bitter nötig. Man erreicht also genau das, was man verhindern wollte: Die Alten und Verletzlichen vermischen sich mit den Ungefährdeten stundenlang in Warteschlangen. Der perfekte Herd für die Verbreitung des Virus.

Das grosse Elend steht allerdings erst bevor, wenn die Quarantäne vorbei ist. Millionen von Menschen aus dem «informellen Sektor» werden ihre Mieten, Stromrechnungen und Kredite nicht mehr bezahlen können. Nun fordern zwar die ersten Populisten (an denen es hier noch nie gemangelt hat) die Streichung aller Zahlungsverpflichtungen für die Dauer von drei Monaten, wie dies die Regierung von El Salvador bereits (unter internationalem Applaus) verfügt hat. Klingt auch gut, doch es wird wohl dazu führen, dass Tausende von Unternehmen bankrott-



Leben von der Hand in den Mund: Lima.

gehen und Millionen von Vermietern ihre eigenen Rechnungen auch nicht mehr zahlen können. Man braucht wahrlich nicht viel Fantasie, um sich die Folgen dieser Negativspirale vorzustellen.

### Alles zum Schutz der Reichen

Nun wissen wir aus der Erfahrung, dass sich jedes Prozent Wirtschaftswachstum gerade in Lateinamerika direkt auf die Lebenserwartung der Bevölkerung auswirkt. Sobald die Menschen mehr Geld haben, ernähren sie sich besser, sie zeugen weniger Kinder, geben mehr für die Bildung aus und beginnen sich sogar für Dinge wie Umweltschutz zu interessieren. Das Gleiche gilt für den Staat: Auch er muss das Geld, das er für Schulen, Spitäler und Soziales ausgibt, erst generieren. Vieles hat sich in den letzten Jahrzehnten gebessert, doch es sterben immer noch Jahr für Jahr Tausende von Peruanern an Malaria, Dengue- und Gelbfieber, Typhus, Tuberkulose sowie anderen Krankheiten, die man verhindern könnte. Betroffen sind fast nur die unteren Schichten. Für sie ist das Coronavirus eine abstrakte Bedrohung unter vielen konkreten. Aber der Lockdown wurde schliesslich auch nicht für die Armen verfügt, sondern zum Schutz der Reichen, die sich ausnahmsweise auch mal betroffen fühlen.

Alex Baur